

# Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

## Die Klima-Kommunisten haben längst übernommen

Die links-grünen Klimaeliten wollen nicht die Gletscher retten, sondern die Gesellschaft verändern. Wohin das führt, sieht man heute schon im Berggebiet: Die Klimaschützer haben die Alpen neu entdeckt, aber die dortige Bevölkerung vergessen.

David Biner

22.05.2023, 05.30 Uhr



*Die weitgehend unberührte und ganzjährig besonnte Alp Furgge im Saflischtal soll zum alpinen Solarpark werden. Dominic Steinmann / Keystone*

Im vergangenen September raste der Solar-Express durch das Parlament. Und die Schweiz hatte danach ein neues Gesetz und einen neuen Zungenbrecher: Grengiols oder eben «Grängl'sch» – oder so ähnlich – nennen die Einheimischen das kleine 400-Seelen-Dorf zwischen Brig und dem Goms. Das Gemeindeterritorium reicht von der jungen Rhone bis zur italienischen Grenze, ein Gebiet mit einer Schatten- und mit einer Sonnenseite.

Während sich die Dorfbewohner im November für ein paar Wochen ganz von der Sonne verabschieden, scheint diese weiter oben, an den Südhängen des Saflischtals, das ganze Jahr über. Hier sollte bis 2025 der erste grosse Solarpark entstehen. Kombiniert mit einem Speicherkraftwerk entspräche das, berechneten die Promotoren, einem Energiepotenzial von jährlich 1200 GWh. Der Griff zur Sonne wird mit reichlich Subventionen erleichtert. Das Berggebiet, das erneuerbare Eldorado der Energiewende?

Zweifel sind angebracht. Weil diese Flächen im unberührten Gebiet aussehen wie riesige Modul-Metastasen. Weil es schweizweit noch viele alpine Flächen wie in Grengiols braucht, um mit der eingeschlagenen Energiepolitik auf einen grünen Zweig zu kommen – wenn überhaupt. Vor allem aber, weil Grengiols kein Pionierprojekt der Klimapolitik ist, sondern lediglich das neue Schlachtfeld eines alten Zielkonflikts zwischen dem Nutzen und dem Schutz der Berge.

## **2050, D-Year der Degrowth-Diktatur**

Die Grünen haben gemeinsam mit Pro Natura das Referendum ergriffen gegen das «Megaprojekt». Der Entscheid, so schnell wie möglich auf alpine Grossflächenanlagen zu setzen, sei geleitet von der «Panikmache um die Energieversorgung». Keine Solaranlagen in den Bergen, schon gar keine neuen Kernkraftwerke im Flachland – das eine sicher nicht tun und das andere auf jeden Fall lassen. Grengiols reflektiert vorerst den Schein der angeblichen Klimaschützer. Darunter verbirgt sich auch die Schattenseite des neuen Klimagesetzes, über das am 18. Juni abgestimmt wird: «voodoo for future».

Die Grünen, die Roten, die ihnen zugewandten Verbände und Nichtregierungsorganisationen – sie alle zeigen sich unbeeindruckt von den strukturellen Lücken in der Stromsicherheit, die sie mit ihrer Verhinderungspolitik herbeiführen. Die Strommangellage-Leugner lassen es darauf ankommen. Sie wissen, dass das neue Gesetz nichts bringt. Aber sie wollen auch nicht das Klima verändern, sondern die Gesellschaft.

Die Initianten der Vorlage sagen Nachhaltigkeit, meinen aber weniger Konsum. Sie sagen Effizienz, meinen aber Suffizienz. Sie sagen Sharing-Economy, meinen aber Enteignung und Kollektivismus. Die Klima-Kommunisten haben längst übernommen. Ihre Kamarilla in der Verwaltung und an den Hochschulen sagt uns, was wir essen, wie wir heizen und bauen, wie wir uns bewegen sollen, wie wir zu leben haben. Weil die Bevölkerung das CO<sub>2</sub>-Gesetz abgelehnt hat, versuchen sie es jetzt auf die vermeintlich sanfte Tour.

In der Vorlage gebe es keine neuen Verbote, sagen die Befürworter, und sie enthalte auch keine neuen Steuern. Sie sprechen von «Fördermassnahmen» etwa für den Ersatz von Öl-, Gas- und Elektroheizungen. In Wahrheit ist es ein Subventionsprogramm in Höhe von 3,2 Milliarden Franken. Dass die Bundesfinanzen heute schon in Schieflage sind, stört die Klimaschützer nicht. Für sie ist es selbstverständlich, dass ihnen Steuergelder offenliegen in den Schatullen des Staats, abholbereit mit dem E-Lastenbike am Sitz der Finanzverwaltung, der Bernerhof.

Wenn die Schweiz am 18. Juni beschliesst, ohne ausgereiften Plan nach der Kernkraft nun auch noch aus der fossilen Energie auszusteigen, ist sie auf bestem Weg zurück zu Gotthelfs Zeiten, dem eigentlichen Fluchtpunkt des links-grünen Wohlstandsrübsinns. Um diesen gesellschaftlichen Revisionismus mehrheitsfähig zu machen, braucht es eine positive Erzählung. Das Narrativ der Befürworter ist genauso brillant wie falsch: Wenn wir uns jetzt ändern, so das Versprechen, dann bewahren wir die Gletscher, retten die Berge, die ganze Welt und somit uns selbst. 2050, das D-Year der Degrowth-Diktatur.

### **Domestiziert und enteignet**

Die Aktivisten von heute erinnern an die Bewohner von Fiesch, einem Dorf nur wenige Kilometer östlich von Grenchen. Als sich der Aletschgletscher im 17. Jahrhundert während der Kleinen Eiszeit ausdehnte und das Dorf bedrohte, baten sie Papst Innozenz XI., sie künftig vor Naturgefahren zu verschonen. Weil ihre Gebete erhört wurden, mussten ihre Nachfahren Papst Benedikt XVI. bitten, er möge das Gelübde umkehren und den Aletschgletscher wieder wachsen lassen. Dem religiösen Krisenkult der Ureinwohner stehen die urbanen Klimaschutz-Eliten in nichts nach: Gebet, Busse, Martyrium – sie kriechen nicht mehr zu Kreuz, sondern kleben sich auf Strassen.

Anders als die Kirche fokussiert sich der links-grüne Klimakult jedoch um die Menschen. Auf den Abstimmungsplakaten für das neue Gesetz, die die Sympathisanten anhand eigener Bilder selbst gestalten können, sieht man praktisch keine Gesichter, höchstens ein paar Kleinkinder – oder den Grünen-Präsidenten Balthasar Glättli. Gezeigt werden idyllische, scheinbar unberührte Landschaften. Mit der Gletscherinitiative haben die Klimaschützer die Alpen entdeckt und ideologisch neu besetzt. Sie haben ihre gelb-blauen Regenbogenflaggen auf den Hängen gehisst, schon bevor die Pilgerväter der Photovoltaik kamen.

Es ist die bukolische Postkarten-Schweiz, wie sie einst von den europäischen Aufklärern auf ihren Bildungsreisen beschrieben worden ist. Der Bergler mit seinem Alltag bleibt weit im Hintergrund, skizzenhaft angelegt als edler Wilder, formbar für die wachstumskritischen Umerziehungsutopien. Er wurde in den letzten Jahren von den vereinten Klimaschützern domestiziert, durch die Raumplanungspolitik enteignet und bis zur Unkenntlichkeit verdichtet – ganz legal, weil es die Mehrheit so wollte. Und die Alpen waren erst der Anfang. Das Berggebiet ist während des links-grünen Eroberungszugs durch die Instanzen das Versuchslabor des Klima-Kollektivismus geworden, eine Freilichtkommune, die nun auf das ganze Land ausgedehnt werden soll.

Die Alpenbewohner, die weder edler noch besser sind als die anderen Schweizer, haben längst keinen Platz mehr in den bundesbernischen Biodiversitätsprogrammen. Sie dürfen keine Kleinkraftwerke bauen, weil das Bundesgericht den Lebensraum von Steinfliegen höher gewichtet. Das Bundesamt für Umwelt hat ihre Schottergärten im Visier, sieht aber neue Staumauern oder Wasserreservoirs auf den geschmolzenen Geröllfeldern der Gletscher kritisch. Und der bekannteste Fetisch der Klimafachleute, das eigentliche Naturphänomen, das zum geplanten Gesetz passen würde, ist der Wolf – nicht die Gletscher.

Das Raubtier steht für den Rudeltrieb der Zentralisten. Statt die Lösung den Direktbetroffenen zu überlassen, betreiben sie von Bern aus eine Regulierungsindustrie, die das Problem nicht löst, den Steuerzahler aber jedes Jahr Millionen kostet. Der Aufstieg des Wolfs steht für die Degeneration des Föderalismus, vor allem des gesunden Menschenver-

stands. Heute treibt der Wolf im ganzen Land sein Unwesen, obwohl die Bergbauern schon vor Jahren vor dem ungebremsen Wachstum der Bestände warnten, vor dem R-Wert der Wölfe. «Follow the science!», rufen jetzt auch die Klimaforscher. Aber es ist eben nicht das Gleiche, wenn ein Knecht oder ein Knutti das Gleiche sagen.

### **Die Realität steht in Birr**

In Bundesbern bleibt der Wolf eine Märchenfigur. Dabei ist er der Zähne fletschende Vorbote des links-grünen Staatsversagens. Die gleichen Bundesräte, die gleichen Beamten, die gleichen Verbände und Kreise, die in den letzten 25 Jahren weder willens noch in der Lage waren, dem Treiben eines wilden Hundes Herr zu werden, wissen heute genau, was zu tun ist, um in der gleichen Zeitspanne künftig die Gletscher zu retten.

Die Schweizer Alpen wurden entdeckt von den liberalen Engländern. Sie machten einen Wettbewerb daraus und ein Businessmodell. Die Pionierleistungen des modernen Bundesstaats, der Gotthardtunnel, die Jungfraubahn, sie wurden vom Freisinn organisiert. Später, gemeinsam mit den versöhnten Konservativen, wurden die Staumauern gebaut und die Kernkraftwerke. Heute machen Mitte und FDP die Klima-Kommandowirtschaft erst mehrheitsfähig. Sie wollen am 18. Juni auf der Seite der Gewinner stehen und hoffen dadurch, im Herbst nicht schon wieder zu verlieren. Bis dahin stehen vielleicht auch schon die Baupläne für Grengiols-Solar; das Projekt wurde in der Zwischenzeit massiv redimensioniert.

Im Aargau ist die Energiewende derweil viel weiter fortgeschritten. Die Eidgenossenschaft hat in Birr per Notrecht ein Reservekraftwerk gebaut. Für fast eine halbe Milliarde Franken, dafür ganz ohne Mitsprache. Und nur für alle Fälle, etwa wenn das neue Klimagesetz die Energiesicherheit doch nicht stärken sollte. Dann werden von hier aus 4800 Tonnen CO<sub>2</sub> in den Himmel geblasen – pro Tag! Das entspricht dem täglichen Ausstoss der Stadt Zürich.

Das Kraftwerk in Birr eignet sich schlecht für Wahlplakate, weil es keine Projektionsfläche ist, sondern die Realität. Der dreckige und laute Monumentalbau des Klima-Kommunismus steht nicht in den Bergen, sondern bereits mitten im Mittelland.